

EU State of the Union und Europawahl

Am Mittwoch hielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre vierte und möglicherweise letzte Rede zur Lage der Europäischen Union, besser bekannt als „State of the Union address“, vor dem EU-Parlament.¹ Ähnlich wie der amerikanische Präsident zieht sie dort in rund einer Stunde Bilanz und gibt einen Ausblick auf Projekte, die noch anstehen. Einen großen Raum in ihrer Rede nahmen die Themen Innovation und künstliche Intelligenz, aber auch die Solidarität mit der Ukraine ein.² Bereits zu Beginn ihrer Rede kündigte von der Leyen an, eine Untersuchung zu den chinesischen Subventionen für elektrische Autos durchzuführen: Vor zehn Jahren hatte eine ähnliche Untersuchung zu chinesischen Solarpanelsubventionen zur Einführung sogenannter Anti-Dumping-Zölle durch die EU geführt.^{3,4}

Ob Ursula von der Leyen nochmal kandidieren möchte ist noch nicht offiziell. Eine Kandidatur hinge allerdings auch von der Unterstützung der Unionsparteien in Deutschland ab. Und obwohl von der Leyen als Teil der CDU in allen vier Merkel Kabinetten Ministerinnenposten inne hatte, bleibt abzuwarten, ob Friedrich Merz' CDU und die CSU, deren Manfred Weber die konservative Fraktion im EU-Parlament leitet und der in der Vergangenheit selbst Ansprüche auf das Amt hatte, eine Kandidatur von der Leyens bedingungslos unterstützen.⁵

Gewählt wird im Juni 2024. Bei vielen deutschen Parteien läuft der Wahlkampf jedoch bereits jetzt schon langsam an. Die Grünen zum Beispiel stellten am Donnerstag ihren Wahlprogrammentwurf vor. Dort werden unter anderem große Investitionen in die europäische Infrastruktur gefordert. Anders als in den vergangenen Jahren ist die Partei nun dazu bereit, Technologien zuzustimmen, die Kohlenstoffdioxid im Boden speichern – die sogenannte Carbon Capture and Storage Methode.⁶

Nach einem Bundestagsbeschluss mit Zustimmung der Ampelparteien und der Union hat der Bundesrat im Juli dieses Jahrs den Weg für die Einführung einer Sperrklausel bei den Europawahlen gemacht. In Zukunft sollen Parteien mindestens zwei Prozent erreichen, um ins EU-Parlament einziehen zu können. Die Kleinpartei „Die Partei“ klagt gegen das Gesetz vorm Bundesverfassungsgericht. So oder so würde die neue Regelung jedoch erst für die Wahl 2029 greifen.⁷

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=3CodB7iohUI>

² <https://www.politico.eu/article/state-of-the-european-union-speech-ursula-von-der-leyen-data-charts/>

³ <https://apnews.com/article/eu-china-electric-vehicle-subsidy-investigation-15ec926e756a36a7612a66623ccea51f>

⁴ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_13_501

⁵ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-09/ursula-von-der-leyen-state-of-the-union-eu-parlament-rede>

⁶ <https://www.tagesspiegel.de/politik/programm-fur-europawahl-grune-fordern-grosses-investitionsprogramm-10468849.html>

⁷ <https://www.rnd.de/politik/europawahl-die-partei-klagt-gegen-sperrklausel-BAHAMYGDJVPMDKHNO42QHEO4M4.html>